

# Übicker Volksbote.

## Organ für die Interessen der werthätigen Bevölkerung.

Herbisch-Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Ausgabe 5000.

„Übicker Volksbote“ erscheint täglich abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefahre 65/67, und die Post zu bezahlen. Preise vierstündiglich Mr. 1,00. Monatlich 35 Pf. Postzettelungssatz Nr. 4084 a. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierseitige Petition über deren Raum 15 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen, für Arbeits- und Wohnungsgesuche 10 Pfennige, auswärts Anzeigen 20 Pf. Unterlate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 96.

Dienstag, den 24. Juli 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

### Die Schule zu Wilhelmshöhe.

Nicht in der äußeren Lebenshaltung allein lässt ein Grund zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Capitalisten und Arbeitern; auch im geistigen Leben des Volkes sind dieselben schroffen Gegensätze anzutreffen. Und diese Gegensätze dehnen sich bis auf die Jugend, bis auf die Erziehung der Jugend durch den Staat aus. Es bestimmt, um nur einen Punkt hervorzuheben, das Unterrichtsgesetz für den Übickerischen Staat vom 1. Oktober 1885, dass die Schülerzahl einer Klasse in den Vorschulen der „höheren“ Schulen nicht über 40, den oberen Klassen des Katharineums sogar nur 30 tragen soll. Für die Schulen in Travemünde und auf dem Lande dagegen beläuft sich die Normalzahl auf 60. Ein Volksschüler, zu dessen Bildung der Staat ohnehin von weniger beiträgt, er muss es sich gefallen lassen, sich enger eingepfercht zu führen, — weil er das Unglück hat, in einem Proletarierheim geboren zu werden.

In den letzten Jahren sind in unserer Stadt zum östlichen Theile neue Volksschulen erbaut. „Schulpaläste“ nennen sie diejenigen Leute, welche dem Proletarier nichts innen. Von außen machen diese „Paläste“ einen recht schmackvollen Eindruck und falls sie den Anforderungen des § 18 obengenannten Gesetzes entsprechen, so dürften den hygienischen Ansprüchen — soweit man von Hygiene in Volksschulen sprechen kann — genügen.

Auch auf Wilhelmshöhe ist vor wenigen Jahren ein neues Schulgebäude errichtet, welches von Kindern aus dem Vorwerk, Wilhelmshöhe und Krempelsdorf besucht wird. Diese erst neuerbaute Schule erwies sich jetzt als klein, sie genügt nicht mehr den Ansprüchen des Gesetzes, besonders des § 15 Abs. 2: „steigt zwei Schuljahre nacheinander die Zahl der schulpflichtigen Kinder auf 70, so ist für Einrichtung eines ferneren Klassenzimmers zu tragen.“

Beim Bau dieses Schulhauses ist auf das Antwachsen jenes Stadttheiles nicht genügend Rücksicht genommen. Die Regierung trägt sich nun mit dem Gedanken, Krempelsdorf ein neues Schulhaus zu errichten, um die Kinder dieser Gemeinde von Wilhelmshöhe auszulösen. Allerdings treten diesem Plane mancherlei Widerstände entgegen. Der Grund und Boden in Krempelsdorf findet sich in Privathänden und ist theils in Erbpacht, theils in Zeitpacht vergeben. Nun will zwar der bessende Besitzer — soviel uns bekannt ist, und wenn er recht unterrichtet sind — den Grund und Boden der Schule freiwillig hergeben, allerdings mit dem Vorbehalt des immerwährenden Rechtes an demselben. Dass der Staat auf Grund dieser „Schenkung“ sich zum Schulbau verstellen sollte, bezweifeln wir; anderer Boden aber in Krempelsdorf nicht vorhanden. Ferner muss man sich vergegenwärtigen, dass die Erben des „edlen Lebvers“ einmal ihre Ansprüche geltend machen können, und der Staat müsste dann entweder tüchtig „blechen“ oder die Schule wieder abreissen. Es könnte somit der Schulbau in Krempelsdorf zu unerquicklichen Verhältnissen führen.

Der Kommunalverein „Vorwerk“, der sich ebenfalls mit der Schulfrage auf Wilhelmshöhe beschäftigt hat, weil dieselbe infolge der Überfüllung der Schule tatsächlich brennend ist, hat dieserhalb Erhebungen gestellt und dieselben der Ober Schulbehörde übermittelt. Diese Erhebungen haben ergeben, dass 228 Familien mit 50 Kindern in der betreffenden Schulgemeinde, ohne Krempelsdorf, vorhanden sind. Von diesen 480 Kindern haben 221 im schulpflichtigen Alter. Den Gemeinden ist vertheilt, sich dieselben: Wilhelmshöhe 365, davon 99 schulpflichtig; Trems 72 Kinder und 38 schulpflichtig; Vorwerk 23 Kinder und 14 schulpflichtig. Krempelsdorf wies zur Zeit der Erhebungen 75 schulpflichtige Kinder auf. Der Kommunalverein hat die Mühe nicht verdrücken lassen und hat festgestellt, dass auch, falls tatsächlich in Krempelsdorf eine Schule plant wird, in wenigen Jahren diejenige zu Wilhelmshöhe doch zu klein erweisen wird. Infolge der Ausdehnung der großen Holzlagerplätze, aus Anlass des Baues des Haußwerks von A. Thiel u. Söhne sind viele junger Arbeiterfamilien nach den Gemeinden Vorwerk und

Wilhelmshöhe gezogen, und wer die Bauland in jenem Viertel betrachtet, muss die Wahrnehmung machen, dass dort die Arbeiterwohnungen wie Pilze aus der Erde schießen. Der Kommunalverein fand nun, dass in den nächsten zwei Jahren nur 29 Kinder die Schule verlassen, während 64 neu eintreten. Auch in der Gemeinde Vorwerk, die sich seit zehn Jahren mehr als verdoppelt hat, weist die rege Bauthätigkeit darauf hin — wurden doch zur Zeit der Erhebungen schon wieder vier Neubauten in Angriff genommen — dass von hier ebenfalls eine Zunahme von Schulkindern zu erwarten ist.

Aus alledem würde sich ergeben, dass — abgesehen davon, dass der Schulbau in Krempelsdorf schon an sich nicht angebracht ist — die Schule auf Wilhelmshöhe durch Anbau erweitert werden müsste, damit sie allen Ansprüchen Genüge leiste. Auch die Kosten sind noch in Betracht zu ziehen. Während der Neubau in Krempelsdorf ca. 40 000 Mark beanspruchen würde, genügten für den Anbau schon 30 000 Mr. Wir glauben, diese 10 000 Mr. würden ganz zweckdienlich an anderer Stelle verwerthet werden können. Was sollte die Schule in Krempelsdorf nützen? Für die dortige Schülerzahl wäre sie auf Jahre hinaus, so weit es sich übersehen lässt, zu gross, während die Schule in Wilhelmshöhe trotz Umschulung der Krempelsdorfer sich als zu klein erweist.

Man schlage deshalb zwei Fliegen mit einem Schlag. Die Schule zu Wilhelmshöhe wird erweitert, das Schulprojekt in Krempelsdorf lässt man dagegen fallen; der Überfüllung aber wäre sofort abgeholfen. Sollte sich später der Bau eines eigenen Schulhauses für Krempelsdorf notwendig erweisen, nun, so ist es dann immer noch Zeit.

### Politische Rundschau.

#### Deutschland.

Vom Reichstage. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ weiß mitzutheilen, dass der Reichstag wahrscheinlich schon Mitte Oktober einberufen werden würde. Hierzu bemerkte die offiziöse „Nordd. Allg. Blg.“: „Ein Beschluss in diesem Sinne ist nicht gefasst; auch ist uns sonst von der Absicht, von dem gewöhnlichen Einberufungstermin, dem November, abzugehen, nichts bekannt.“

Um eine Hoffnung ärmer sind die nothleibenden Strohdachsficker. Wie aus den jetzt vorliegenden Protokollen der Agrarkonferenz (28. Mai bis 2. Juni) hervorgeht, hat Minister v. Heyden sich vorbehalten, nach Durcharbeitung des Materials und nach Beschaffung der weiteren nothwendigen Unterlagen eine Besprechung und Vorbereitung von detaillirten Fragen in einem engeren Kreise (die Auswahl der Mitglieder hat der Minister sich vorbehalten) stattfinden zu lassen und in späterer Zeit noch einmal die weitere Versammlung einzuberufen. „Denn, meine Herren,“ schloss Minister v. Heyden, „Sie werden mit mir die Überzeugung gewonnen haben: das Arbeitsfeld, das wir hier betreten haben, hat durch unsere heutige Berathung und die Berathung dieser Woche noch nicht die erste Furcht bekommen; es ist nur obenhin übergegangen, um zu sehen, wo man abzusehen hat, und es wird noch vieler Arbeit bedürfen, um zu positiven und greifbaren Erfolgen zu kommen“. Fürs Erste wird's also nichts. Die Kamme mögen sich trösten.

Vom „elendesten“ aller Wahlsysteme. In der zweiten Hälfte des Monats Juli müssen bekanntlich in den preussischen Städten die Listen der zur Theilnahme an den Stadtverordnetenwahlen berechtigten Bürger ausliegen. Man erfährt daher wieder interessante Zahlen. In der ersten Abtheilung in Essen sind 4 Personen aufgeführt; da man sich aber in Essen das Vergnügen macht, die beiden „Ehrenbürger“, Bismarck und Abg. Hammacher, obwohl dieselben keine Gemeindesteuer zahlen und, da sie nicht in Essen wohnen, dort auch nicht wählen können, bei den Wählern der ersten Abtheilung aufzuführen, so sind in Wirklichkeit nur zwei Wähler erster Abtheilung vorhanden, auf die zusammen 322 179 Mr. Gemeindesteuern entfallen. Die zweite Abtheilung zählt 374 und die dritte nicht weniger als 102 55 Wähler! Herr Krupp und sein Genosse von der ersten Abtheilung wählen allein ein volles Drittel der Stadtverordnetenversammlung, und dabei schädigen die Krupp'schen „Konsum-Anstalten“, in denen, und zwar nicht etwa bloß für die Arbeiter der Krupp'schen Werke, Alles feilgeboten wird, was im Haushalt gebraucht wird, die Gewerbe-

treibenden der Stadt ungeheuer. Ist das nicht eine herrliche Aussicht?

Identitätsnachweis. Die „Nordd. Allg. Blg.“ schreibt: In der Presse ist behauptet worden, dass die in dem Gesetze, betreffend die Abänderung des Zolltarifgesetzes, vom 14. April d. J. — Aufhebung des Identitätsnachweises für Getreide — erlassenen Ausführungsbestimmungen insofern mit dem Gesetze nicht in Einklang ständen, als die bei der Ausfuhr von Getreide einer bestimmten Art ertheilten Einfuhr scheine nur zur zollfreien Einführung der gleichen Getreideart oder zur Begleichung von Zollabfällen für gewisse andere Waaren, nicht aber zur zollfreien Einführung ausländischen Getreides anderer Art verwendet werden dürften. Diese Annahme beruht auf einer irrtümlichen Auffassung. Die Ausführungsbestimmung stimmt mit der Vorschrift in Ziffer 1 des genannten Gesetzes genau überein, wonach bei der Ausfuhr von Weizen, Roggen, Hafer u. s. w. Einfuhrscheine ertheilt werden, welche den Inhaber nur berechtigen, „eine dem Zollwert der Einfuhrscheine entsprechende Menge der nämlichen Waarengattung ohne Zollentrichtung einzuführen“. Wie sich aus den Verhandlungen des Reichstags vom 14. April d. J. ergiebt, hat seiner Zeit allseitiges Einverständnis darüber bestanden, dass die Verwendung der Einfuhrscheine als Zollgeld zunächst nur für Kolonialwaaren und reine Finanzartikel event. für Luxusgegenstände, die ausschließlich im Auslande hergestellt werden, zugelassen und eine Erweiterung dieser Vergünstigung auf Waaren, welche auch im Inlande erzeugt werden, erst dann in Betracht gezogen werden solle, wenn sich dies zur Aufrechterhaltung des Paritäts der Scheine als erforderlich erweisen würde.

Nachwahl zum Reichstage. Nachdem das Mandat des Reichstagabgeordneten der deutsch-konservativen Partei von Jagow infolge seiner Ernennung zum Landrat des Kreises Salzwedel gemäß Artikel 21 der Verfassung des Deutschen Reiches erloschen ist, hat derselbe nunmehr dem Bureau des Reichstages die Niederlegung seines Mandats angezeigt. Dem Reichstage gehörte er als Vertreter des Wahlkreises Osterburg-Stendal (2. Magdeburg) seit dem Jahre 1890 an. Nach § 66 der Geschäftsordnung macht der Präsident des Reichstages nunmehr dem Reichskanzler von der Mandatsverleidigung Anzeige, damit dieser in der kürzesten Frist die Neuwahl veranlasse. Bei der letzten Wahl am 15. Juni 1893 erhielt v. Jagow 9319, der Kandidat der freisinnigen Vereinigung 5499 und der Sozialdemokrat 2989 Stimmen, ein antisemitischer Kandidat war nicht aufgestellt.

Dass der Antisemitismus zuweilen selbst in das Gebiet des veritablen Freiens Spaziergänge macht, dafür bietet sein Verhalten zum Mörder Caro's wieder ein Beispiel. Es ist ein altes antisemitisches Märchen, dass alles, was schlecht ist oder was die Herren Deutschen für schlecht halten, von Juden gethan oder doch beeinflusst worden sein soll. So ist denn auch die ganze Arbeiterbewegung von den Juden gemacht; warum nicht auch der Anarchismus, warum soll nicht der Italiener Caserio Santo ein Jude sein? Geschwindigkeit ist keine Hexerei; das Pariser Antisemitenblatt „Libre Parole“ posaunt voran; Santo ist ein „Jude“, er heißt eigentlich Casper Cadosch, die ganze antisemitische Presse Deutschlands posaunt hinterdrein. Die „Deutsche Wacht“ in Dresden, das Centralorgan der deutschen Antisemiten, schlucht vor deutscher Wonne über den herrlichen Fund und schrieb einen geharnischten Leitartikel gegen die „Judenpresse“, welche die jüdische Abstammung Santo's als einen albernen Scherz hinstellte; so heißt es daselbst:

Die ganze Ableugnung des „Berliner Tageblatts“ stützte sich darauf, dass der Verfasser des Briefes Goldoni heisse Goldoni aber ein Lustspielschreiber gewesen sei. Daher sei die ganze Meldung nicht wahr. Eines gewissens Mitleids kann man sich nicht erwehren, wenn man das Judentum bei seinen kampfhaften Bemühungen, jüdische Verbrecher, besonders Anarchisten, abzuleugnen, beobachtet. Da bleiben ja zuletzt nur noch die berüchteten Ausnahmejuden übrig. In die Erfindung des „Berliner Tageblatts“ klammert sich nun die gesamte Judentypen. Die in höchster Roth erfundene Mähre von der Missklaaten wird in alle Welt hinaustelegraphiert und von allen Judentypen und ihren Hörigen nachgefasset.

Man sieht, die Judentypen nahmen den Mund recht voll, sie waren ihrer Sache sehr gewiss. Freilich hielt man ihnen von anderer Seite entgegen, dass der Name Santo von Juden nie angenommen zu werden pflege, dass es im Geburtsort Caserio's gar keine Juden gebe, dass Caserio selbst als Knabe Meßdiener in der Kirche seines

Gehmathsdorff gewesen sei. Doch dies waren ja aber lauter „stolde“ Wiedergungsvorläufe und nun schoß „Libre Parole“ den Vogel, indem sie folgenden Brief veröffentlichte, den natürlich auch die „Deutsche Wacht“ unter dem Titel „Cesario ist doch ein Jude“ sofort nachdrückte:

„Ich lese Ihnen eine Zeitungsbücher, welche versichert, Cesario ist kein Jude, und daß es in Motta-Visconti (dem Geburtsort Cesarios) überhaupt keine Juden gäbe. Nachstens wird die betreffende Zeitung behaupten, es gäbe in ganz Italien, in Europa, in der ganzen Welt keine Juden. Natürlich, es gäbe gar keine Juden, nur Drumont hat sie erfunden. Der Korrespondent der betreffenden Zeitung, der sich erlaubt, mich in so leidenschaftlicher Weise der Urhege zu beschuldigen, ist ersucht, mir auf folgende Fragen zu antworten:

1. Ist von den Angaben, die ich über Namen und Namtheit des Cesario Cadosch, mit Verlaub des Cesario Santo gemacht habe, eine einzige unrecht?

2. Wenn es keine Juden in Motta-Visconti giebt, was ist denn auf den Überresten der berühmten Tidentolone von Somino in der Provinz Cremona (15 Kilometer von Motta-Visconti) geworden, von der mehrere Ausgaben des Colunus veröffentlicht wurden?

Wollen Sie gefälligst diesen Brief mit meiner Unterschrift veröffentlichen und den Korrespondenten der betreffenden Zeitung veranlassen, dasselbe zu thun, wenn er es kann.

Don Lelio Goldoni,  
Pfarrer der Kirche Santa-Frottola  
in Mailand.“

Na also, wer will nun noch mucken! Santo ist Jude, Santo ist Mörder, die Juden sind durch die Bank die elendesten Kreaturen, daran läßt sich nicht tippen. Dafür hat es aber mit dem Brief des Don Lelio Goldoni seine eigene Bewandtnis. „Don Lelio“ ist kein anderer als eine Person aus dem Lustspiel „Der Aligner“ des italienischen Dichters Goldoni und „Frottola“ bedeutet nichts anderes als „Uff“. Der Meinfall des „Libre Parole“ ist drastisch. Selbstredend sagte die „Deutsche Wacht“ nicht, daß sie ihre Leser wieder mal gräßlich beschwindelt hat. Es ist ja auch nur ein Fall unter vielen. Zu Gunsten unserer antisemitischen Männer nehmen wir Geisteskrankheit an, denn „bewußt fälschen“ thut selbstredend kein „guter deutscher Mann“!

**Lehrertag und Feuerwehrtag.** Der Stuttgarter „Beobachter“ zieht unter diesem Titel eine bemerkenswerte Parallele. „In der württembergischen Hauptstadt erbat sich das Komitee des Lehrertages eine Beihilfe der Stadt zu den Kosten, hauptsächlich im Hinblick auf die Schul- und Lehrmittelansstellung. Daß auch in anderen Städten, die seither den deutschen Lehrertag beherbergten, solche Beiträge aus der Stadtkasse geleistet wurden, konnte als unterstützende Begründung angeführt werden. Die Antwort der Stuttgarter Stadtverwaltung lautete anfangs jedoch gänzlich ablehnend, was ja sehr wohl mit Hinweis auf andere festliche Versammlungen begründet werden konnte. Allein gerade diese Begründung ist werth, nicht unbekannt der Vergessenheit anheimfallen zu müssen. Sie lautete, die Stadt Stuttgart könne der Bitte um einen Beistand zu den Kosten des deutschen Lehrertages keine Folge geben, da man seither noch nie zu derartigen Versammlungen und auch nie zu solchen von „größerer Bedeutung“ wie z. B. zum Feuerwehrtag“ einen städtischen Beitrag verwilligt habe. Da ferner das Festkomitee des Lehrertags erfahren hatte, welche Fahrpreisernäßigung die Generaldirektion der württembergischen Eisenbahnen für den Cannstatter Feuerwehrtag in Aussicht gestellt hatte (einfache Karte gültig auch zur Rückfahrt), so wandte sich das Komitee um eine ähnliche Vergünstigung auch für die württembergischen Lehrer an die genannte Behörde. Die Bitte fand keine Gewährung mit der u. a. festgestellten Begründung, daß der deutsche Lehrertag in Stuttgart „keine solche gemeinnützige Bedeutung“ habe, wie der Cannstatter Feuerwehrtag. Das sind zwei Stimmen über Lehrer- und Feuerwehrtag: ersterer, der über Erziehungs- und Unterrichtsfragen im Interesse der Kinder des deutschen Volkes in seiner erdrückenden Mehrheit zu berathen hatte, hat „keine solche gemeinnützige Bedeutung“ wie die Revue über das württembergische Feuerlöschwesen; und die Bestrebungen auf diesem Gebiete sind von „größerer Bedeutung“, als die Berathungen und Anstrengungen zur Hebung der Volksbildung. . . . — Hoffentlich lernen die deutschen Lehrer endlich einmal einsehen, was sie von den Regierungen zu erwarten haben. Ihre ausländischen Kollegen sind ihnen in dieser Beziehung bedeutend „über“.

Für Ausnahmegezeuge schwärmt bekanntlich auch heute noch die Bismarckpresse. Dies gibt der „Frankf. Ztg.“ Veranlassung, daran zu erinnern, „daß Bismarck sich andauernd und zwar gerade während der Herrschaft des jetzt so vermissten Sozialistengesetzes in der Vorstellung befunden hat, daß er persönlich gefährdet sei. Es ist bekannt, daß sein Haus und sein Garten von allen Seiten durch eine Schaar geheimer Polizisten bewacht war, die ihn, wenn er sich einmal in der Offenlichkeit zeigte, wie eine Wolke umgaben. Diese braven Männer, die keinen leichten Dienst hatten, waren ganz bekannte stereotypen Straßensymbole in der Reichshauptstadt geworden, die man den Fremden in der Wilhelmstraße unter den übrigen Sehenswürdigkeiten zeigte. Seit dem Amtsantritt des Reichskanzlers sind sie verschwunden. Der zeigte sich öffentlich so unbewacht wie jeder andere Staatsbürger.“

Soldatenelbstmord. In Neu-Ulm erschoß sich ein aus Sempy gebürtiger Unteroffizier der 11. Kompanie des 12. Inf.-Regt. mit seinem Dienstgewehr. Furcht vor Strafe soll ihn in den Tod getrieben haben.

Die „Sozialreformatoren“, welche die soziale Frage spielend lösen, schießen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Erdhoden hervor. Dem genialen Mann aus Beuthen, der, wie wir vor einigen Tagen mitteilten,

alle Anarchisten in Afrika von den Wilsen ausspielen lassen will, stellt sich jetzt ein Verfer des „Oberschlesischen Wanderers“ zur Seite. Die Todesstrafe, so meint er, genüge für Anarchisten nicht; die Vollstreckung des Urteils müsse vielmehr wie folgt vorgehen:

Der Mörder nach dem sein Proces beendigt, und bewiesen, daß er der Mörder ist, dann soll es seine Hinrichtung nichts geben, und zwar mit einem Schlagzimme, aber unter einer schweren Rüstung das die schläge darf habt, den 1ten Tag 10., den 2ten Tag 15., den 3ten Tag 20., den 4ten Tag 25., den 5ten Tag 30., den 6ten Tag 35. lange hauen bis er unter dem Prügel ferner sei.

Dieses Mittel werde eine gewaltige Wirkung ausüben, versichert der Freund der Prügelstrafe. In Russisch-Polen gebe es keine Spiegelsachen (!), weil man dort „unbedingt haue“, während die Diebe in Preußen keine Schläge erhielten. Man sieht: Der verhälteste Mensch entwickelt dieselben Ansichten wie der „hochgebildete“ junger, der sich in christlicher „Mächtesteile“ für die Einführung der Prügelstrafe begeistert! Die Kenute ist von jeher das Ideal aller derer gewesen, welche es verschmähen oder es nicht verstehen, den Kampf mit geistigen Waffen zu führen.

Wichtiger und richtiger als auf Gewährung der freien Eisenbahnfahrt zu bringen scheint, die „Hrff. Ztg.“ zu dem Beschluss des Bundesrats, die Eisenbahnfahrt der Reichstagsabgeordneten betreffend, sei allerdings, an der grundfäßlichen Forderung der Diäten festzuhalten. Denn: „Es läßt sich absolut kein stichhaltiger Grund mehr anführen, weshalb von allen deutschen Volksvertretungen der Reichstag allein diätenlos sein soll. Die früher in erster Linie gestellt gemachte Ansicht, daß die Diätenlosigkeit ein Gegengewicht gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht bilden und das Eindringen bestimmter politischer und sozialer Schichten in den Reichstag erschweren sollte, ist durch die tatsächlichen Ereignisse gründlich als irrig erwiesen. Die Sozialdemokraten und andere Parteien, die man durch die Diätenlosigkeit zu treffen glaubte, werden durch sie in keiner Weise an der Vermehrung ihrer Mandate gehindert. Wer etwa gar das gesellschaftliche Niveau der Volksvertreter durch die Voreinhaltung der Diäten auf einer gewissen Höhe halten zu können glaubte, der verwechselt zunächst grundfäßlich Wohlstand und Wohlhabenheit und muß sich inzwischen überzeugt haben, daß trotz des Mangels an Diäten Leute von dem Schlag eines Altlwärts und Genossen in den deutschen Reichstag kommen. Wir sind allmählich soweit, daß in der Gewährung von Diäten ein Mittel zu erkennen ist, den Reichstag gesellschaftlich etwas zu heben und gewissen Volksvertretern den Vorwand zu bemecken, in den Provinzen Gastvorstellungen gegen Entrée zu veranstalten. Es gibt Abgeordnete einer gewissen Partei, die sich, um den Aufenthalt in Berlin zu bestreiten, an parlamentarische Berichterstattung zur Anfertigung von Berichten aus den nichtöffentlichen Kommissionssitzungen verdängen. Wenn der Volksvertreter Autistemit und sein ihm beschäftigender Brodherr ein jüdischer Journalist ist, entbehrt das Verhältniß nicht eines grotesken Humors. Keine Arbeit schändet. Wer aber etwa dieses Arbeitsverhältniß eines Mitgliedes des hohen Hauses für nicht besonders würdig hält, der hat auch Veranlassung, für die Gewährung von Diäten einzutreten.“

Das „Hamb. Echo“ bemerkt hierzu noch, daß für die sozialdemokratischen Abgeordneten ein Fraktionsabschluß besteht, wonach sie sich jeder Berichterstattung, jeder Verwerfung ihrer Kementis der parlamentarischen Vorgänge gegen Bezahlung für Parlaments-Journalisten zu enthalten haben. Uebrigens sind es nicht nur antisemitische Abgeordnete, die sich in der angegebenen Weise verdingen. Wir kennen nationalliberale, freisinnige, ultramontane und konservative Abgeordnete, die in demselben Verhältniß sich befinden. Soweit wir unterrichtet sind, existiert eine grundsätzliche Abweisung dieser Praxis von Fraktionswegen nur für die sozialdemokratischen Abgeordneten.“

Die Ergebnisse des Reichshaushalts für das Etatjahr 1893/1894 haben sich nach dem jetzt vorliegenden Finanzabschluß der Reichshauptkasse, abgesehen von den auf außerordentliche Deckungsmittel angewiesenen Ausgaben, im Vergleich zum Etat in runden Summen wie folgt gestaltet: Für das Reichsheer sind an fortlaufenden Ausgaben 5 913 000 Mark mehr und an einmaligen Ausgaben 1 571 000 Mark weniger erforderlich gewesen. An Einnahmen sind im Bereich der Militärverwaltung 916 000 Mark mehr aufgetreten. Bei dem Reichsheer stellt sich hiernach das Gesamtergebnis gegen den Etat um 3 428 000 Mark ungünstiger. Insbesondere sind bei der Naturalverpflegung, dem Remontewesen, den Ausgaben der Reisekosten, Tagessolden und Transportkosten, sowie bei dem Artillerie- und Waffenwesen und dem allgemeinen Pensionsfonds erheblichere Mehrbedürfnisse hervorgetreten, welchen indes Ersparnisse nur bei der Geldverpflegung, sowie bei der Bekleidung und Ausrüstung der Truppen gegenüberstehen. Die Ausgaben der Marine, einschließlich ihres Anteils am allgemeinen Pensionsfonds, haben den Voranschlag um 360 000 Mark übersteigen. Beim Auswärtigen Amt betragen die Mehrausgaben 2 656 000 Mark, bei dem Fonds des Reichsschahans 1 531 000 Mark und bei dem Reichs-Invalidenfonds 1 803 000 Mark. Eine nennenswerte „Ersparnis“ ist bei dem Fonds des Reichsamtes des Innern dadurch entstanden, daß die Ausgabe zur Unterstützung an Familien der Friedensübungen eingerufenen Mannschaften um 1 015 000 Mark und der Reichszuschuß zu den Invaliditäts- und Altersrenten der Arbeiter um 1 334 000 Mark hinter dem Etatvorschlag zurückgeblieben ist. Bei der Reichsschulden ist auch

hauptsächlich infolge des Umstandes, daß die Unzeit nicht in dem vorausgesetzten Maße zur Ausgabe gelangt, eine Windberausgabe von 1 784 000 Mark eingetreten. Die übrigen, bei den Hauptabschlägen der Ausgabe eingetretene Abweichungen vom Etat ergeben noch eine Mehrbedarf von 42 000 Mark. Im Ganzen übersteigt die Mehrbedürfnisse bei den hier in Betracht gezogenen Ausgabefonds des ordentlichen Etats die dadurch vorgekommenen Ersparnisse um 6 603 242,61 Mark. Andererseits sind auch die Höhe und die Tabaksteuer hinter dem Etat um 4 517 000 Mark zurückgeblieben, wodurch von 4 495 000 Mark auf die Höhe und 22 000 Mark auf die Tabaksteuer entfallen. Bei den den Bundesstaaten im vollen Meinertage austretenden Steuern sind gegen den Etat aufgetreten: bei der Verbrauchsabgabe vom Braumwein 188 000 Mark mehr, bei den Stempelabgaben für Wertpapiere usw. 5 780 000 Mark weniger. Diese Abweichungen sind im Reichshaushalt ihren Ausgleich durch entsprechende Erhöhung bzw. Erhöhung der unter den Ausgaben angeführten Überweisungen an die Bundesstaaten. Im Ganzen stellten sich diese Überweisungen unter Mitberücksichtigung der nachträglich für das Jahr 1890/91 vorgenommenen Abrechnung auf 338 758 801 Mark, das sind 10 459 199 Mark weniger als im Etat vorgesehen. Die dem Reich alsdann noch verbleibenden Steuern haben sämmtlich gegen den Etat Mehrerträge ergeben, und die Zuckersteuer 4 668 000 Mark, die Salzsteuer 1 733 000 Mark, die Mätschbottich- und Brauntweinmaterialesteuer 1 381 000 Mark, die Brausteuer 1 057 000 Mark, die Spieltartensteuer 74 000 Mark, die Wechselsteuer 328 000 Mark und die statistische Gebühr 67 000 Mark. Die Post- und Telegraphen-Verwaltung hat mit einem Mehrüberschuss von 3 138 000 Mark, die Reichsdruckerei mit einem solchen von 15 000 Mark und die Eisenbahnverwaltung mit 3 596 000 Mark. Außerdem ist abgeschlossen, auch die Einnahmen aus den Bankwesen haben den Etatsansatz um 1 475 000 Mark überstiegen. An verschiedenen Verwaltungseinnahmen (mit Einschluß der oben erwähnten eigenen Einnahmen der Militärverwaltung) sind 1 662 000 Mark mehr aufgetreten, desgleichen bei dem Reichs-Invalidenfonds an Zinsen 268 000 Mark, so daß zur Deckung der obenerwähnten Mehrausgabe bei diesem Fonds eine Erhöhung des Kapitalzuschusses nur um 1 535 000 Mark erforderlich war. Außerdem sind noch an Zinsen aus belegten Reichsgeldern Neubeschlüsse aus früheren Jahren und sonstigen Einnahmen zusammen 355 000 Mark nicht erhoben worden. Im Ganzen sind an ordentlichen Einnahmen, soweit sie dem Reich verbleiben, im Vergleich zum Etat 20 803 322,79 Mark mehr zur Reichskasse geschlossen, und es ergibt sich nach Gegenrechnung der Mehrausgaben von 6 603 242,61 Mark für den Reichshaushalt des Etatsjahrs 1893/94 ein Überschuss von 14 199 980,18 Mark. Gegen die Schätzung des Reichsschatzsekretärs bei der ersten Berathung des Etats bedeutet das jetzige endgültige Ergebnis einen Überschuss von nicht weniger als 12½ Millionen Mark, da nur ein Mehr gegen den Etat aufs von 1½ Millionen Mark angenommen war.

### Schweiz.

Bauernsekretariat. Der Centralvorstand des österreichischen Bauernbundes wird sich in der nächsten Sitzung mit der Frage der Gründung eines schweizerischen Bauernsekretariates beschäftigen. Wir wünschen Erfolg und Glück.

### England.

London. Mit 89 gegen 37 Stimmen hat die Vorberatung in zweiter Lesung, trotz des Widerstandes der Regierung, die Gesetzesvorlage Salisburys bezüglich der Fremdeinwanderung und der Anarchisten angenommen.

### Frankreich.

Der Schwurgerichtsprozeß gegen Cesario, den Mörder des Präsidenten Carnot, ist endgültig auf Freitag, den 27. Juli, angezeigt worden. Desgleichen ist der große Anarchistenprozeß vor dem Pariser Schwurgericht nun auf den 6. August angezeigt worden. Derselbe wird nicht weniger als acht Tage dauern. Die Verhandlungen wird der Gerichtspräsident Dapras leiten, die Anklage der Generaladvokat Bulet vertreten, der schon gegen Vaillant und Henry funktionirt hatte, und in die Vertheidigung werden sich die gewandtesten Pariser Advokaten, darunter auch Mr. Lagasse, der Vertheidiger Navachols, thilien. Die Zahl der Angeklagten beträgt 30, von denen fünf der Verhaftung durch die Flucht entronnen sind, nämlich der Ingenieur Paul Reclus, der Schankwirth Martin, in dessen Lokal in der Rue Jouquett die Anarchisten ihr Hauptquartier aufgeschlagen hatten, der Publizist Ponget, dem es bekanntlich gelungen war, aus dem Justizpalaste zu entweichen, der Schneider Duprat und der Schriftsteller Alexander Cohen, der von der französischen Polizei nach dem Attentat Vaillants ausgewiesen worden war und seither in London lebt. Die in Haft befindlichen Angeklagten, denen sämmtlich die Theilnahme an einem anarchistischen Verbande zur Last gelegt wird, sind: Jean Grabe, Schriftsteller, Julian Ledot, Publizist, Paul Bernard, Geschäftsmann, Albert Framconit, Mechaniker, Raoul Chambon, Lithograph, Pierre Derenzy, Francois Saubrie, Kaffeebrenner, Georges Bonnet, Tischler, Charles Chatel, Schriftsteller, Félix Jénové, ehemaliger Beamter im Kriegsministerium, Armand Mettra, Publizist, Gustav Iglieli, geboren in Sala (Schweden), Böglung der Kunsthalle, Gabriel Villon, Schriftsteller, Sébastien Faure, der bekannte anarchistische Klubredner, Philippe Leon Ortig, ehemaliger Handlungskommiss, die Italiener Bertani, Cherilotti und Bellotti samt ihren Frauen, die Witwe Milanaccio,

Wojciech, Josef Malmaret und Elisee Pastorek  
Madame Cozal.

Der Kommer ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher verheiratheten Arbeitern gestatten soll, gegenüber dem Willkürbrauch der ehelichen Gewalt ihren Arbeitsplatz zu erheben und frei darüber zu verfügen. Gegenwärtig kann der Mann sich den Vohn der Frau, deren Ermächtigung auszahlen lassen. Dies hat, lange ehelicher Frieden herrscht, auch nichts auf sich, ist jedoch, sobald dieser gestört ist, zu den grössten Unmöglichkeiten. Das einzige Mittel gegen dieselben ist die Aushebung der Gütergemeinschaft. Dies ist jedoch nur ein kostspieliges, sondern auch das lezte Mittel, es gewöhnlich zu bestimmen Bruch führt. Das beschlagene Gesetz gewährt der Frau das Recht, ohne gerechte gerichtliche Ermächtigung ihren Arbeitslohn einzuhauen und darüber zu verfügen. Wenn es allen Erwartungen entsprechen soll, bedarf es nur noch eines Gesetzes hinsichtlich der Sparkassen. Es ist beispielweise gekommen, daß die Frau ihren Vohn nur aus dem Hause nicht auf der Sparkasse deponierte, weil sie wußte, daß der Mann das Geld erheben und verwenden würde.

### Italien.

Prozeß Vega. Vor dem Schwurgericht in Rom begann der Prozeß gegen Paolo Vega wegen des Attentats gegen Crispi. Nach Verlesung der Anklage wurde das Verhör des Angeklagten eröffnet. Der erklärte, er hätte das Attentat gegen Crispi nicht Stolzheit oder persönlichem Hass verüben wollen, sondern als feierliche Protestkundgebung gegen das stehende Regierungssystem. Der Angeklagte entwickelte später seine Prinzipien und wurde hierbei von dem Anwalt mit den Worten unterbrochen: „Haben wir hier eine Manzette für Anarchismus?“ Darauf erklärte der Angeklagte, ob man ihn der Unbefreiheit haben wollte. Vega erklärte weiter, er wäre vorher Chef der romischen Polizei und dann erst Crispi als Vertreter des Staates und des herrschenden Systems gewesen, und schloß nach einer cynischen Schilderung des Staates mit einer aufrüttelnden Ansprache an die Gezeiten. Sodann begann das Zeugenverhör. Der Enthändler Spadini erklärte, daß die Pistolen, deren Vega bedient hatte, auf eine Entfernung von Meter einen Menschen tödten könnten. Der Chef romischen Polizei gab über das Vorleben des Attentäters Auskunft und schilderte ihn als einen gefährlichen Jungen von gewaltthätigem Charakter. Das Schwurgericht verurteilte den Angeklagten zu einer Zuchthausstrafe von 20 Jahren 17 Tagen. Wie man sieht, fügten rätselhaften Schergen die Sache nicht so tragisch auf, bei dem Märtyrer De Felice. Schadet nicht, der „her Israel“ schlafst und schlummert nicht!

Die seit einiger Zeit verhafteten Anarchisten beinahe sämmtliche Gefangnisse. Die Zahl der festeten beläuft sich auf 3000.

### Serbien.

Nilania. Einer Korrespondenz der „Bosnischen Ztg.“ Konstantinopel entnehmen wir folgendes Nachspiel einer Liebesepisode aus dem Leben des Königs:

Milan hatte mit der Frau des serbischen Diplomaten Christijan schon vor Jahren ein intimes Verhältnis unterhalten. Dies wurde von Milan auch dann noch einige Zeit fortgesetzt, sich Christijan von seiner Frau scheiden ließ. Die fröhliche Christijan, eine Tochter des kaiserlichen türkischen Architekten Ivanides Efendi, lebt seitdem hier. Als nun der serbische König vor einigen Jahren hier weiste und das Verhältnis der ankündigte, blieb dies nicht ohne Folgen. Die Geliebte war Mutter eines Knaben. Dieses Ereignis führte zwischen ihr und ihm zu einer regen Korrespondenz: Franemissa Ioannides kam auf diese Weise in den Besitz von elf Briefen, in denen sich Milan als den Vater des Kindes bekannte. Ihr eine größere Abfertigung — man spricht von 500,000 Fr. — versprach. Während der Anwesenheit des jungen Königs in serbischen Hauptstadt war nun der in seiner Begleitung berühmte Bautechniker General Zdravkovitch mit der Erledigung Angelegenheit: der Zurücksendung der Briefe gegen eine Abfertigung beauftragt. Diese Schritte führten anfänglich zu einem Erfolg, trotzdem man türkischerseits auf die Familie der einen starken Druck ausübte. Bei den Verhandlungen ist sogar zwischen dem kaiserlichen Kammerherrn Naghib Bey dem Bruder der Frau Artemissa zu einer sehr dramatischen Auseinandersetzung gekommen. Schließlich musste aber die Familie dem türkischen Drängen nachgeben; die Frau erhielt für Kind 6000 Fr. und gab acht Briefe zurück. Für die fehlenden drei Briefe, die sie leugnet empfangen zu haben, musste sie Papier unterzeichnen, in dem sie erklärt, daß falls noch Briefe gefunden werden sollten, diese null und nichts sind und sie noch ihre Familie davon irgend welchen Gebrauch machen würden.

Dass man ein solches Verfahren im bürgerlichen Leben aufzufordern, ist ebenso sicher, wie daß dies dem des Königs Milan nicht mehr schaden kann.

Costa. Außer dem Polizeipräfekten Lusanow ist auch ehemalige Polizeikommissar Totew unter denselben Verhältnissen wie Lusanow verhaftet worden und in dem Augenblick, als er ins Ausland flüchten sollte. Ebenso wurde der frühere Gerichtsdienner Lukanow wegen Unterschlagung beträchtlicher Summen fest.

In Bezug auf die Gewährung einer Amnestie wird unter Quelle versichert, die Regierung sei geneigt, ebenso wie politischer Vergehen Verurtheilten für Amnestie zu empfehlen, welche die Gnade des Fürsten hand anrufen würden.

### Bulgarien.

Sozialisten-Kongress. Der in Sophia tagende bulgarische Sozialisten-Kongress hat beschlossen, an allen Gemeinde- und Generalratsmählten lebhaft teilzunehmen und da wo ein Erfolg möglich scheint, Kandidaten aufzustellen.

## Lübeck und Umgegend.

22. Juli.

Herr Rudolf Lange macht im „Sozialist“ seine gequälten Herzen Lust. Allem Anschein nach hat die Redaktion seinen Bandwurm bedeutend „gesiebt“. Nachdem Lange Klage geführt hat, daß in Lübeck von oben bis unten Alles verspielt ist, fährt er fort:

„Es ist uns für die nächste Zeit absolut unmöglich, irgendwie in die Öffentlichkeit zu kommen. Am Montag Abend waren einige Genossen in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung auf dem Platz, es ging so dicht vor'm Todtschlagen her (eine Stunde mehr oder weniger — darauf kommt es nicht an) und zum Schluss wurde ein Antrag angenommen, mit in Zukunft weder in sozialdemokratischen Partei-Versammlungen, noch (und dies ist das Beste) in „öffentlichen Volksversammlungen“ das Wort zu erhellen. Solche Schlägerstreiche macht die Sozialdemokratie in Lübeck! Herr Lange hätte doch nur angeben sollen, weshalb die Sozialdemokratie zu einem derartigen Entschluss gekommen ist und kommen mußte!“

Ganz selbstverständlich haben wir außer der niederrätschig-gemeinen Bekämpfung von Seiten der Sozialdemokratie (wer lacht da nicht?) auch noch die liebevollste Fürsorge der hochståndlichen Polizei auf dem Halse. Ein jeder von uns steht unter Bewachung! Behelmte und Beamtete, Kriminal- und sonstige Beamte thun sich in dies Geschäft. Haussuchungen werden abgehalten, um schade, es wird nichts gefunden. Die Arbeitgeber sind natürlich auch liebevoll davon benachrichtet worden, welche Schlangen sie an ihrem Busen nähren. Die Folgen davon sind drei Maßregelungen. Andere Genossen haben abreisen müssen, weil keine Arbeit mehr da war. Wir wählen natürlich trotz alledem lustig weiter. Der beste Boden ist für uns in den Gewerkschaften. Die Herren Führer der Sozialdemokratie haben natürlich eine schlotternde Angst in ihren Mitgliedern; es ist possierlich anzusehen, welche Anstrengungen von seiner Seite gegen uns gemacht werden. Nun mag da kommen, was da will, wir sind guten Muthes und werden unbürt weiter kämpfen.“

Wlinchhausen ist ein Waisenknabe im Aufschneiden gegen die letzten Ausführungen Lange's. Was das Wühlen in den Gewerkschaften betrifft, so war bis jetzt davon noch nichts zu bemerken und in Zukunft: viseant consules!

und die Konsule werden auch aufmerken, darauf kann sich Herr Lange verlassen. Er mit seinen Quertreibereien lockt keinen Hund hinter dem Ofen vor, viel weniger organisierte Arbeiter in Lübeck. Wenn er die Leiter des „Sozialist“ so über die Lage seiner Partei am Orte arg täuscht, so kann uns das nur recht sein. Was die schlotternde Angst der Führer der Sozialdemokratie betrifft, so bedarf es unbedingt Lange'scher Augen um diese Angst wahrzunehmen. Ein Rudolf Lange, Spiegelberg wir kennen Dich, ist nicht im Stande, den Bumann für Sozialdemokraten abzugeben. Die Parteigenossen am Orte haben erkannt, welche Ratter sie am Busen nähren, jetzt haben sie dieselbe abgerissen und zertreten, wie es sich gehabt.

Öffentlicher Verding. Die zum Neubau der städtischen Viehmarkthalle erforderlichen schmiedeeisernen Träger sollen in einem Loope vergeben werden. Kostenanschläge und Bedingungen sind für Mr. 1 bei dem Architekten Jul. Grube, Königstraße 45, entgegen zu nehmen. Die mit entsprechender Aufschrift versehenen, verschlossenen Preisangebote sind im Verwaltungsbau, Königstraße 58, im Zimmer des Steuerinspektors bis zum Dienstag, den 31. Juli 1894, Mittags 12 Uhr, einzureichen und werden im Beisein der etwa erschienenen Bieter geöffnet und verlesen.

Aushebung einer Zwangsversteigerung. Die auf Freitag, den 27. Juli 1894, Mittags 12 Uhr, angezeigte Zwangsversteigerung des Grundstücks, Cronsforder Allee Nr. 82a, findet nicht statt.

Statistisches. Die Bierproduktion im Boll- und Stener-Direktionsbezirk Schleswig-Holstein war im Etatsjahr 1892/93 geringer, als im Vorjahr. Im Jahre 1891/92 wurden produziert: 1.311.300 Hektoliter gleich 104 Liter pro Kopf der Bevölkerung; im Jahre 1892/93 dagegen wurden nur 1.257.000 Hektoliter gleich 98 Liter pro Kopf hergestellt. Von der Menge des im Jahre 1892/93 gewonnenen Bieres waren 248.000 Hektoliter überjähriges und 1.009.000 Hektoliter unterjähriges Bier. Zur Herstellung dieser Biermengen wurden 21.395 Tonnen Getreide und 534 Tonnen Surrogate verwendet.

Tivoli. Es ist anzuerkennen, daß die Direktion des Tivoli in jeder Hinsicht bemüht ist, stetig Neues und Abwechselndes zu bieten. Das gegenwärtig gebotene Programm stellt auch jeden Besucher äußerst zufrieden, des Piccolo-Theater ist auf vielseitigen Wunsch noch 3 Tage prolongiert, so daß diejenigen, welche noch nicht Gelegenheit hatten, diese wirklich niedliche Darstellung zu sehen, es jetzt noch thun mögen. Am Freitag den 27. Juli findet jedoch die unwiderruflich letzte Vorstellung dieser Piece statt, um zum nächsten Sonntag neuen, überraschenden Künstlern Platz zu machen. Der Besuch ist jetzt durchweg ein äußerst reger.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend auf der Kochischen Werft. Der beim Metall beschäftigte Arbeiter Sp. wollte durch das Metallloch seien, als ihm in demselben Augenblick der rothglühende Bolzen in das Auge drang. Wie schwer die Verletzung des Bedauernswerten ist, konnten wir bis jetzt nicht erfahren.

Selbstmord. Heute früh vor 6 Uhr wurde in einem Hause der kleinen Gräpelgrube ein Knabe von 12 Jahren hängt vorgefunden. Die Mutter zum Selbstmord sind uns zur Zeit noch unbekannt.

Die Generalversammlung des Verbandes der am Hafen und an der Schiffahrt beschäftigten Personen Deutschlands. Um 9 Uhr Nachmittags wurde die Versammlung vom Vorsitzenden Kellermann eröffnet, welche heißt die Delegierten willkommen und spricht den Wunsch aus, daß die Verhandlungen, in welche man jetzt treten werde, für die Belämmigung der Arbeiter von Vorbehalt sein mögen. Die Verleistung der Praktikanten ergiebt, daß der Delegierte von Bremerhaven 2 noch nicht anwesend ist. Der Vorsitzende macht bekannt, daß auf seine Einladung von Stettin aus, ein Delegierter entsandt worden ist. Sodann verliest der Vorsitzende ein Telegramm des Vertretersmannes der Hafenarbeiter Stettins und fragt an, ob der Delegierte in der Generalversammlung Sitz und Stimme haben soll. Es wird beschlossen dem Delegierten Steinweg aus Stettin beizuhende Stimme zu geben. Außerdem heißt der Vorsitzende mit, daß als Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Genosse von Elm anwesend ist. Auch mit der Anwesenheit des Vertreters erklärt sich die Versammlung einverstanden. Sodann erlässt der Vorstand Bericht über seine Thätigkeit vom Juni 1893 bis Juli 1894. Der Central-Vorstand hält während des Geschäftsjahrs 17 ordentliche, sowie elzige Extra-Sitzungen ab, in denen folgende weitgehende Vereinbarungen getroffen worden sind: Am 29. Juni wurde dem von Seiten der Kai-Direktion in Hamburg gemahrgestellten Kollegen Gimmeermann, auf Ansuchen der Mitgliedschaft der Kaiarbeiter eine Unterstützung von Mr. 50 gewährt. Am 16. August wurde beschlossen, eine größere Agitationstour nach allen Hafenstädten der Nord- und Ostsee-Provinzen zu unternehmen. Eine Einladung zum Kongreß des „Freien Deutschen Hochstifts“ in Frankfurt a. M. aufzugeben wird Will als Vertreter gewählt und hingestellt. Am 11. Oktober wurde Kellermann nach Kiel gesandt, um zu versuchen, den Friesen unter den dortigen Hafenarbeiter wieder herzustellen, zugleich aber auch über den Verbleib von Inventar und Utensilien Erkundigungen bei den Werstarbeitern einzufinden. Am 17. Oktober wurde beschlossen, für ein Mitglied der Mitgliedschaft-Kaiarbeiter die überzähligen Gerichtskosten, betreffs einer Privat-Strafsache wegen Verletzung eines Vorarbeiters, aus der Rentenkasse zu bezahlen. Am 9. November wurde beschlossen, mit der Kommission des Arbeitsnachwuchses der sogenannten Gelegenheitsarbeiter von Hamburg in Unterhandlung zu treten. Bisher hatte der Vorstand der Kaiarbeiter mit jenen Herren unterhandelt, jedoch ohne für die Hafenarbeiter einen Vorbehalt zu erzielen. Am 11. Januar 1894 wurden auf Ansuchen der Mitgliedschaft Altona die Kosten für Agitation, die dort entfaltet wurde, im Betrage von Mr. 22,30 bewilligt, sowie auch auf weiteres Ansuchen derselben Mr. 19 leihweise eingehändigt. Ferner wird die Mitgliedschaft der Werstarbeiter, sowie die Mitgliedschaft Bremenhaven II und Bremen energisch aufgefordert, Abrechnung zu halten. Am 11. März sind auf Ansuchen der kombinierten Mitgliedschaften Hamburgs die Kosten für Abhaltung öffentlicher Versammlungen bewilligt; ferner hat sich in Rendsburg eine Mitgliedschaft der Hafenarbeiter gebildet. Am 21. März wurde Will als Referent nach Rendsburg zu einer öffentlichen Versammlung bestimmt. Am 25. März wurde beschlossen, eine große Anzahl Flugblätter anfertigen zu lassen und nach allen Hafenplätzen, wo bis jetzt noch keine Organisation der Hafenarbeiter besteht, Exemplare zu senden. Am 18. April wurde den im Streit befindlichen Schweizer Bauhandwerkern 100 Mr. aus der Kasse bewilligt; des Weiteren wurde beschlossen, Kellermann zwecks Regelung und Aufklärung der Differenzen der Mitgliedschaft Bremenhaven II nach dorthin zu senden. Am 11. Mai wurde ein bekannter Genosse, der nach Mainz zur Generalversammlung musste, beauftragt, einige Tage in den verschiedenen Städten am Rhein für unseren Verband zu agitieren. Am 30. Mai wurde Genosse Winkelmann beauftragt, in den Westerstädteln öffentliche Versammlungen abzuhalten. Am 27. Juni wurde von den Hafenarbeitern Stettins zu einer am 1. Juli stattfindenden öffentlichen Versammlung der Hafenarbeiter ein Referent von Hamburg aus verlangt. Dieses Gesuch wurde da sich die Kosten zu hoch stellen würden, wenn der Referent nur in Stettin sprechen sollte, abgelehnt. Der Central-Vorstand wendet sich an den Vorsitzenden der Generalkommission, Legien, und überträgt diesem die weitere Regelung der Stettiner Angelegenheit. Er rügt, daß über die Entsendung des Delegierten zum Kongreß des Freien Deutschen Hochstifts nach Frankfurt am Main der Ausdruck hätte gefragt werden müssen. Vom Vorsitzenden wird erwiesen, daß die Zeit, welche zwischen der direkten Einladung und der Bezeichnung gelegen habe, zu knapp gewesen sei. Wahrscheinlich ist der Ansicht, daß in Zukunft solche Kongresse nicht wieder beobachtet werden dürfen. Seit ein wenig verlangt habe, damals während des Streits von dem Gedanken aus, daß ein answärtiger Referent mehr nützen könnte als ein einheimischer. Vom Verbandskassirer Will wird sodann die Abrechnung verlesen. Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1893 war eine Einnahme von 5711,16 Mark zu verzeichnen. Der Bestand für das nächste Quartal beträgt 2064,77 Mark. Für die Generalkommission wurden 400,95 Mr. vereinbart; der Generalfonds belief sich auf 1554,80 Mr., davon sind 100 Mr. belegt und 554,80 Mr. in den Händen des Kassirers. Im 1. Quartal 94 betrug die Einnahme der Verbandskasse 3770,03 Mr.; dessen bestand Ende März: 2875,94 Mr. An die Generalkommission wurden 112,15 Mr. gesandt; der Generalfonds betrug 1575,50 Mr. Im 2. Quartal 94 betrug die Einnahme 4221,92 Mr. Dessen bestand Ende Juli: 3312,15 Mr. An die Generalkommission eingesandt wurden 44,10 Mr.; der Generalfonds beträgt 1578,80 Mr. Der Kassirer Will richtet darauf an die Kollegen die Bitte, die Gelder für die Generalkommission so viel wie möglich nur am Schlusse des Quartals einzuzahlen. Es seien für Agitationen ziemliche Summen verwendet worden. Der Generalfonds sei separat berechnet und auch so belegt. Betriebs der Märkte seien noch in einigen Jahrstrecken kleine Differenzen entstanden, über welche man sich am besten hier auf der Generalversammlung verständigen könne. Die Einsendung der Beiträge empfiehlt er, so beizuhalten wie bisher. Von dem Vertreter für Kiel wird angefragt, ob die von Kiel eingesendeten 23,99 Mr. nicht mit aufgeführt sind; desgleichen vermitteilt der Vertreter für Bremen die von der dortigen Mitgliedschaft eingesandten rückständigen Beiträge. Kellermann und Will bemerken, daß die Gelder rechtzeitig eingesandt sind. Die Verzögerung kommt daher, daß mit dem Gelde zugleich die Abrechnungen nicht eingesandt würden. Von Elm bittet man möglic so viel wie möglich darnach hinzu, daß an die Generalkommission Gelder abgeführt würden; das Geld werde ja hauptsächlich zu Agitationen verwandt und kommt so immer wieder der Gewerkschaftsbewegung zu Gunsten. Die Generalkommission habe in Ost- und Westpreußen eine Agitation entfaltet und in einigen Städten Organisationscomités eingerichtet. Bei dem wirtschaftlichen Niedergang, in dem wir uns augenblicklich befinden, sei allerdings nicht viel Erfolg zu erwarten. Auch die Versuche in der Nahrungsmittelbranche zu organisieren seien nur von wenig Erfolg getrieben. Man dürfe aber deshalb nicht gleich die Kläne ins Aorn weisen, sondern müsse immer weiter arbeiten. In nächster Zeit beabsichtige die Generalkommission im Baugebiete zu agitieren und organisieren. Hierzu erstattet die Revisionskommission Bericht. Dieselbe hat Kasse, Bücher und Belege stets in Ordnung gefunden und ist mit der Kassenführung zufrieden gewesen. In dem Bericht des Ausküfers wird zunächst darüber klage geführt, daß dem Ausküfer die Berichte über die Quartals- und Monatsrevision nicht mitgetheilt sind. Es werden dann noch über Rechnungs- und Ausgaben-Intraden getrostet, welche von Kellermann und Will beantwortet resp. mitgeteilt werden. Dem Kassirer und der Revisionskommission wird die Verantwortlichkeit beigelegt. Der Vorsitzende macht bekannt, daß der Vertreter für Bremenhaven II eingetroffen ist. Bevor in den Verhandlungen weiter fortgefahrt wird, beobachtet die Generalversammlung heute bis 5 Uhr zu tagen am Montag Vormittag, dagegen von 8—12 Uhr. Die Arbeitszeit für Montag Nachmittag wird noch nicht festgesetzt. Schluss des Berichtes aus nächsten Nummer.



# Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 96.

Dienstag, den 24. Juli 1894.

1. Jahrgang.

## Das Alte stirzt — es ändert sich die Zeit!

Die Bedeutung der gegenwärtigen amerikanischen Eisenbahnwirren und zugleich die vollkommene Wichtigkeit rückt auf das Eisenbahnwesen in Amerika beziehenden sozialdemokratischen Anschaulungen und Forderungen erst aus einem Abschnitt der Deutschen des Österreichisch-amerikanischen Generalkonsuls Dr. v. Politischel in New York über den gegenwärtigen Aufstand der Eisenbahnbediensteten. Dr. v. Politischel schreibt:

Die sozialistische Platform (Wahlprogramm) des Jahres 1892 verlangt mit Recht die Verstaatlichung des gesamten amerikanischen Eisenbahnwesens, beziehungsweise die Verwaltung der großen Bahnen durch die Bundesregierung, jene der Lokal- und Straßenbahnen durch die Bezirksregierungen und die Stadtverwaltungen. Bis dem Augenblick, in welchem eine solche Verstaatlichung möglich erschent, wird noch sehr viel Zeit vergehen; bis dahin wird die ins Unglaubliche gehende Konkurrenz zwischen den Eisenbahnen währen, und damit werden die vermittelten Übergänge von freiem Verkehr zur stagnation und umgekehrt fortdauern. Im Jahre 1892 wurden in den Vereinigten Staaten 2650 Eisenbahnfälle verzeichnet und im ganzen 3500 Eisenbahndienstete verletzt, davon 840 getötet. Aln sich ist das in einer Meilenlänge (mit Operationsleisen) von 4000 vielleicht nicht so ernst, wird aber wesentlich bedeutsamer durch den Umstand, daß kein einheitliches Gesetz dem Verletzten oder den Hinterbliebenen des Getöteten das Recht gibt, einen Schadenersatz anzusprechen, sondern das darin die schwankende und kraftlose Staatsregierung und, was noch schlimmer ist, das Gerichtsgericht, zu welchem in ganz Amerika der Zugang nicht einfach und oft erschwert ist, und das in Folge des Zustandes, daß Erfahrungssprüche durch einheitlichen Auszug der Geschworenen erledigt werden, zu den ärgsten Arten bald gegen den Arbeiter Aulös giebt. Wird wogen, daß, ebenfalls 1892, 556 Millionen Passagiere und 704 Millionen Tonnen Fracht auf den amerikanischen Eisenbahnen befördert wurden, daß die Zugkilometer im ganzen 831 Millionen betragen, so ergiebt sich die Bedeutung einer die Eisenbahnen so empfindlich treffenden Katastrophe ebenso deutlich, als es klar wird, daß bei einer Investition von 10 649 Millionen Dollars, 1892: 4752 Millionen Aktien, 5179 Millionen Bonds, 20 Millionen diverse Schulden) die Erschütterung auch die Kreise des Kapitals in ihren Bereich ziehen muss. Diese Bissern und die Monopolisierung der Eisenbahnen durch Millionäre spielen seit mehr als drei Jahren in den Plänen, besonders aber in jener der antipitalistischen Peoples Party (Volkspartei) eine hervorragende Rolle, und die Agitation dagegen ist ein um beliebteres Schlagwort geworden, als weder die publizistische, noch die jetzige demokratische Mehrheit des Kongresses dagegen etwas zu thun den Mut hat.

Wie man aus den Schilderungen des österreichischen Generalkonsuls ersieht, geht es in Amerika bereits dem gesamten Kapital, bis auf eine ganz kleine Handvoll engroßer Kapitalräuber, an den Krallen. Die kapitalistische Wirtschaft ist in Amerika stellweise und zwar in den wichtigsten Städten da angelangt, wo schließlich

gar nichts anderes mehr übrig ist, als um mit Marx zu reden, die Expropriateure zu expropriieren, wenn nicht alles zu Grunde gehen will, die Massen des Volkes zusammen mit der übergroßen Mehrheit der Kapitalisten.

Das sehen jetzt sogar unsere großen konservativen Zeitungen in Deutschland ein und schreiben mit ganz offenbarem Grauen die Zustände der amerikanischen Kapitalwirtschaft, welche besonders im Eisenbahnwesen augenscheinlich am deutlichsten zur Erscheinung gelangen, indem sie die Worte des amerikanischen Sozialchriststellers Henry Georges wie folgt wiedergeben:

Die Karte der Vereinigten Staaten ist coloriert, um die einzelnen Territorien kenntlich zu machen. Eine Karte der tatsächlichen politischen Mächte würde die Grenzen der Staaten ignoriren. Hier würde ein dicker Strich das Gebiet Vanderbilt's darstellen, dort würden Jay Gould's Besitzungen hell markirt sein. An einer anderen Stelle würde das Reich Standford's und Huntington's abgegrenzt sein, an einer anderen Stelle das Ballard's. Die Staaten, welche unter dem Einfluß der Pennsylvania-Centralbahn stehen, würden von denen unterschieden sein, die von der Baltimore- und Ohio Linie beherrscht werden. In unserem Bundesstaat ist nach laufender Annahme das souveräne Volk der Union vertreten ist, das sind die Eisenbahnkönige und großen Geschäftsmänner. Ein Eisenbahnkönig macht seinen Advokaten zum Richter oberster Instanz, wie einst ein großer Vord seinen Kaplan zum Bischof zu machen pflegte.

Über die Verwaltung dieser Eisenbahnkönige schreibt des weiteren Henry George und die konservativen Presseorgane drucken es gleichfalls zustimmend ab: „Unsere Eisenbahnen werden im Interesse gewissenloser Menschen veraltet, deren ganzer Zweck das Wettenspiel ist; von Leuten, welche die Interessen des Eigentums, das sie verwalten, ihren persönlichen Interessen an andern Eisenbahnen oder anderen Geschäften dienstbar machen, welche in Ländern und städtischen Grundstücken pfeilförmig sind oder ihren Freunden Lieferungscontrakte und Spezialtarife für den Transport verschaffen und gar oft mit allem Gedanken die Gesellschaft, die sie beherrschen, zu Grunde richten und die Aktionäre bis zum leichten Großen ausrauben. Von einem Ende bis zum anderen trifft die Verwaltung unseres Eisenbahnwesens von Jobberei und Betrug.“

Dass diese Riesenkorruption nur die Schuld einzelner weniger Großkapitalisten, nicht des kapitalistischen Systems und mit deren Person etwa zu beseitigen wäre, das wagt heutzutage schon kein Mensch mehr zu behaupten und es weiß auch kein wissenschaftlicher Sachverständiger einen andern Rat, als den sozialdemokratischen: Die mögliche baldige Überführung dieser Riesenbetriebe, wie sie die amerikanischen Eisenbahnen darstellen, in die Verwaltung und den Besitz der Gemeinschaft.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika werden somit in aller nächster Zeit gezwungen sein, der Welt auf ihrem Riesenwirtschaftsgebiete mit leuchtendem sozialistischen Beispiel voranzuschreiten.

## Soziales und Partei-Leben.

Den neuesten Handstreich gegen die Sozialdemokratie hat der Stadtrath zu Mittweida geführt. Der Gesang-

verein „Vorwärts“ zu Mittweida erhält folgende Verfügung zugestellt:

Nach den Texten der Mehrzahl der in das Konzertprogramm für das am 21. und 22. Juli d. J. hier geplante westfälische Bundesländerfest aufgenommenen Gefangenvorträge steht es außer Zweifel, daß bei dem erwähnten Singereiste politische Streitungen zum Ausdruck gebracht werden sollen und das Fest im wesentlichen sozialdemokratischen Zwecken zu dienen bestimmt ist.

Durch diese sind die bei dem Feste mitwirkenden Vereine als solche anzusehen, deren Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht, und deshalb den Bestimmungen des Vereinigungsgeges vom 22. November 1850 zu unterstellen.

Da nun eine Zusammenkunft dieser Vereine bezw. Abgeordneten derselben der Vorstufe des § 24 des Vereinigungsgeges zu widerstehen wird, so wird hiermit die Abhaltung des für den 21. und 22. Juli dieses Jahres geplanten westfälischen Bundesländerfestes unter Hinweis auf die gesetzlichen Strafbestimmungen verboten.

Gleichzeitig wird der Gesangverein „Vorwärts“ hier selbst, welcher die Vorbereitungen des gebrochenen Festes übernommen und sich an diesem Zwecke bereits mit den übrigen zum Feste gehörigen Vereinen bezw. deren Mitgliedern in Verbindung gesetzt hat, gemäß § 25 des Vereinigungsgeges vom 22. Novbr. 1850 hiermit aufgelöst.

Mittweida, den 17. Juni 1894. Der Stadtrath.

Im weiteren ist zu melden, daß die vorhandenen Briefschaften, Wohnungslisten ic. beschlagnahmt wurden. Die Verfügung wird in Westfachsen Wunder wirken, freilich nicht im Sinne der „Staatsretter“.

Zimmer noch Sachsisches. Wenn im hellen Sachsenlande zwei Arbeiter nächstens zusammengehen, und jeder von ihnen eine angezündete Papierlaterne tragen will, so ist das ein Fackelzug, wozu polizeiliche Genehmigung erforderlich ist. Zwei Arbeiter, die neulich Sonntags von der Prinzenhöhe bei Dresden heimkehrten, waren so leichtfertig gewesen, sich durch zwei brennende Papierlaternen den Weg ohne Genehmigung der heiligen Hermannabad zu erleuchten. Über im Orte Naudorf ereichte sie die Nemesis. Ein Landgendarm fragte sie nach der polizeilichen Genehmigung, und da die leichtfertigen Menschen, wie wir schon wissen, keine hatten, so mußten sie den „Fackelzug“ auflösen, d. h. die beiden Papierlaternen auslöschen. Außerdem wurden ihre „Personalien festgestellt“.

Europamüde. Die deutsche überseeische Auswanderung über deutsche Häfen, Antwerpen, Rotterdam und Amsterdam stellt sich nach Ermittlung des Kaiserlichen statistischen Amtes im Juni und im gleichen Zeitraum des Vorjahres folgendermaßen:

	1894	1893
Bremen . . . . .	1278	4167
Hamburg . . . . .	1504	3848
Antwerpen . . . . .	416	1076
Rotterdam . . . . .	119	162
Amsterdam . . . . .	22	—
Neubr. . . . .	3339	8753

Aus deutschen Häfen wurden neben vorgenannten 2782 deutschen Auswanderern noch 4171 Angehörige fremder Staaten befördert. Davon gingen über Bremen 2113, Hamburg 2058.

Der Seilerstreik in Schlotheim i. Th. dauert unverändert fort. Bis jetzt haben sich einige Seiler von auswärts nach Schlotheim verirrt, kehrten aber sofort um, nachdem ihnen die Sachlage dargestellt wurde. Die Fabrikanten befinden sich in größter Verlegenheit und ist daher zu hoffen, daß der Streik in Kürze zu unserer

## Meister Timpe.

Sozialer Roman von Max Kreuzer.

Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Meister Timpe drohte lächelnd mit dem Finger und sprach dann fort:

„Läßt jeden thun und Jeden haben, was er will. Der Werth des Lebens besteht nicht darin, zu sagen, ich bin das und das und ich besitze das und das, sondern darin, daß der Mensch sagt: Ich bin zufrieden. Liebe Arbeit, Keidlosigkeit dem Nächsten gegenüber und der Glaube an einen ewigen Gott — das sind die drei Dinge, die wir zuerst beherzigen müssen, wollen wir uns eines tröstlichen, innern Glückes erfreuen. Denn, daß das Glück von außen kommt, sagen nur Diejenigen, die es in ihrem Innern nie empfunden haben.“

„Das sind alte Anschaulungen, Meister,“ sagte Thomas Beyer wieder, indem er seine Drehschale in Bewegung setzte. „Sie sind nicht fortgeschritten in Ihren Ansichten; aber Sie werden einmal anders denken.“

Johannes Timpe kannte die Unterhaltungssucht seines Gesellen über derartige Dinge und wußte, daß es schwer war, ein Ende mit ihm zu finden. Deshalb drehte er am Fenster den Rücken und schritt der Wohnung zu, um in Mittagsmahl einzunehmen.

Die Gehilfen aber konnten noch nicht zur Ruhe kommen. während sie Anstalten machten, um an ihre Arbeit zu gehen, wurde das Gespräch fortgesetzt.

Theobald Spiller, genannt Spillerich, gebürtig aus einer kleinen Stadt des Königreichs Sachsen, war der Lustigmacher der Werkstatt. Er war ein kleiner rund gealter Mann mit glatt geschorenem Haar und bartlosem

Gesicht, in dem der breite Mund selten zur Ruhe kam. Selbst bei der Drehseln erzählte er seine Schnurren, und lachten die Anderen nicht, so erlaubte er sich dieses Vergnügen allein. Er hatte oft die tollsten Einfälle, war aber sonst ein durchaus harmloser Mensch, der nur die üble Angewohnheit hatte, regelmäßig des Dienstags bereits Vorwurf zu nehmen, was sich im Laufe der Woche zweimal bis dreimal zu wiederholen pflegte. Er aß nämlich ungemein stark und hatte eine besondere Vorliebe für extrafeinen Liqueur, durch den er sich die Einsamkeit seines Junggesellenlebens trostreicher zu machen versuchte.

Er schlug vor, den Versuch zu machen, Ferdinand Friedrich Urban von der Errichtung der Fabrik abzuhalten, schon des Freikonzertes wegen, welches die Nachtmagie im Sommer zum Besten gaben, worauf der Berliner diesen guten Gedanken mit einem: „Det stimmt,“ bestätigte — ein Stichwort, das er den Tag über unzählige Mal anzuwenden wußte.

Man erging sich nun in den verschiedensten Plänen, die jedoch alle als nicht besonders wirkungsvoll verworfen wurden, bis endlich Theobald Spiller, genannt Spillerich, den Vogel abschoß, indem er sagte, man müsse das Gerücht verbreiten, der Geist von Frau Urbans erstem Mann ginge im Garten umher, um sich gegen die beginnende Verwüstung zu verwahren.

„Wenn Ihr mir ein Leichengewand besorgt, mich dabei nicht verhungern lasst und sofort bei der Hand seid, wenn ich um Hilfe rufen sollte, so mache ich die Geschichte,“ sagte der kleine Sachse zum Gaudium der Nebrigen, indem er die Späne von seinem in der Form einer Kugelkugel gestutzten Haar entfernte.

Man hätte diese Pläne jedenfalls noch ins Ungeheuerliche gesponnen, wenn nicht Franz Timpe vor den Fenstern wieder sichtbar geworden wäre. In der Werkstatt konnte

ihm Niemand seines Hochmuths wegen leiden. Er hatte die Manier, außerst herablassend zu thun und auf einen Gruß kaum einen Dank zu finden; dagegen verlangte er außerst herrisch die Erfüllung seiner Wünsche. Bernahm er den freundlichen Ton, in welchem der Drechslermeister mit den Gesellen verkehrte, so fühlte er sich dadurch unangenehm berührt. Es passe sich nicht, mit Arbeitern kammeradschaftlich zu verkehren, meinte er zu seinem Vater, denn es ärgerte ihn, nicht so respektirt zu werden, wie er es wünschte. Nur Thomas Beyer gegenüber pflegte er beschäiden aufzutreten, denn er hatte es nicht vergessen, wie dieser ihm einst, als er noch Schuljunge war, für eine argreile Unverschämtheit eine Ohrfeige erteilt hatte, die noch lange Zeit hindurch eine Genugthuung für den Großvater bildete. Es hatte damals zwischen dem Meister und seinem ältesten Gesellen eine heftige Szene gegeben, in welcher aber schließlich der Gerechtigkeitssinn Johannes Timpe's zu Gunsten seines Gehilfen siegte. Erblickten die Gesellen den angehenden Kaufmann, beobachteten sie die gedenhaften Manieren, die er sich angeeignet hatte, so wurde er zur Zielscheibe geheimer Spottereien, die seine Ohren nicht angenehm berührten hätten, wenn er sie vernommen haben würde.

„An dem Bierfuchs hat sich der Meister eine Rüthe für seine alten Tage gezogen,“ pflegte Thomas Beyer zu sagen und wiederholte es auch heute.

„Det stimmt,“ fiel Fritz Wiesel ein. „Er müßte sich einmal vierzehn Tage lang an der „Bank“ die Bein ausstrecken, vielleicht würde er dann etwas zahmer werden.“

„Das hilft alles nichts,“ meinte der kleine Sachse. „Er muß vier Wochen lang im Schaukasten eines Friseurs stehen, oder zu Tasten ins Panoptikum kommen. Da gab es etwas zum Lachen.“ Oftmals wurden die Bemerkungen so laut gehalten,

Güsten beendet wird, vorausgesetzt, daß wir genügend Mittel erhalten; unsere Organisation ist hierzu nicht ausreichend und sind wir daher auf die Hülfe der übrigen organisierten Arbeiter angewiesen.

Adresse: H. Schäffer, Altona-Ottensee, Wahrenfelder Steinbam 48, 2. Et.

zwischen den Premer Bimmerern und dem Unternehmer Mr. Schmidt aus Altona sind Differenzen ausgetragen. Wir ersuchen deshalb, den Zugang von Bimmerern nach Bremen streng fern halten zu wollen.

### Der Vorstand des Lokalverbandes der Bimmerer zu Bremen.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Über die Arbeiterbewegung in Oberhausen wird dem "Vorwärts" geschrieben: Die vom internationalen Bergarbeiterkongress in Berlin fürscheleiten Delegierten Pruloy und Käserly sind hier durch Abhaltung von Versammlungen stets bestrebt, die oberhessischen Bergleute für den Verband der westfälischen Bergarbeiter zu gewinnen. Das ist ihnen mit solchem Erfolg gelungen, daß — wie bekannt — aus dem Bazar vergangenen bereits über 8000 Mitglieder dem Verband beigetreten sind. Vergleichbar gebracht die hiesige bürgerliche Presse in Verbindung mit der Geistlichkeit alle ihr zu Gebote stehenden Mittel, um der Arbeiterbewegung Einhalt zu thun. Das oberschlesische Volk hat erkannt, daß es vom Kapitalismus nachgerade gering getreutet worden ist, und daß ihm durch zahlreichen Beitritt zum Verband Sicherheit geboten ist, sich ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Unsere Genossen haben zwar einen schwierigen Standpunkt, weil ihnen die Säle zu Versammlungen oft verweigert werden. Dennoch arbeiten sie unverdrossen weiter, und daß ihre Arbeit fruchtbbringend ist, beweist die in der kurzen Zeit erlangte hohe Mitgliederzahl. Die Geistlichkeit hat bereits erkannt, daß sie gegen die hier herrschende Arbeiterbewegung nicht auskommen kann. Anfangs machten die Geistlichen von der Kanzel herab großen Lärm und malten unsere Genossen in Farben, bei denen die Wahrheit natürlich nicht den Pinsel führte. In derselben Weise schrieben die vom Pfaffenhum gemieteten Blätter, "Katholik" und "Prae". Als jedoch in mehreren sozialdemokratischen Versammlungen dem Volke über die Idee unserer Partei reiner Wein eingeschenkt worden war, als in Folge dessen überall die Versammlungsbesucher sich zur Sozialdemokratie bekannten, da ließen auch unsere Gegner den Stiel losen, und gaben zu, daß unsere Versammlungsredner nur im Interesse des arbeitenden Volkes ihre Kräfte anstrengen. Als Beweis hierfür kann wohl gelten, daß der Warter aus Bazar einmal sogar die Baggerredakteur um eine Stunde festher anberaumte, nur um eine Stunde unseres Genossen Pruloy zu hören.

Die Bäcker Deutschlands wollen auf die Einwendungen der Meister gegen die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit eine Petition an den Bundesrat richten, in der sie ihre alte Forderung wiederholen:

1. die höchst zulässige Arbeitszeit an Wochentagen auf 12 Stunden, exklusive der zum Essen nothwendigen Pausen, zu beschränken;
2. die höchst zulässige Sonntagsarbeit auf acht Stunden festzusezen.

In dem Entwurf zu einer solchen Petition heißt es in der "Deutschen Bäckerzeitung": "Die Einwendungen der Meisterschaft gegen den 12stündigen Maximalarbeitsstag für das Bäckerhandwerk sind von wenig Belang. Der Gährungsprozeß, die Witterung und Heizung sind unserer festen Überzeugung nach durchaus nicht hinderlich für die Errichtung einer Maximalarbeitszeit. In hunderten und tausenden Betrieben können wir nachweisen, daß die Arbeitszeit mit dem Glockenschlag beginnt und auch mit dem Glockenschlag endet. Ein tüchtiger Bäcker weiß und muß wissen, wie er je nach der Witterung die Gährung und Heizung einzurichten hat, und heute kommt es sehr selten, ja fast nie vor, daß der Gährungsregler, genannt Hefe, vom Fabrikanten in schlechtem Zustand geliefert wird. Aber ein derartiger Fall eintritt, ist nach unserer Meinung schnell Abhilfe zu schaffen. Die Regelung in Betreff Anfang und Ende der Arbeitszeit würde unseres Erachtens keine einheitliche für ganz Deutschland sein können. Es würde sich empfehlen, den örtlichen Verwaltungsbehörden die Regelung der Arbeitszeit zu überlassen. Für Berlin würde die Ar-

Franz Timpe etwas von ihnen auffing. Er schämte dann vor Wuth, schwieg jedoch, weil er fürchtete, sich noch lächerlicher zu machen; oder er schlug den alten Weg ein: suchte seinen Vater auf und klagte die Gehülfen der Faulheit und anderer Dinge an. Dadurch machte er sich nur noch verhafster bei den Leuten in der Werkstatt. Sein Trost blieb dann die Zukunft, die Erfüllung der Pläne seines Vaters, die ihn in den Stand setzen würden, der einst über die Arbeiter zu herrschen und sich für die erlittenen Verhöhnungen zu rächen. . . . Wie schön war nicht die Aussicht! Das Geschäft würde blühen und gedeihen, er sich emporheben, wie Urban es gehan hatte; man würde ihn Chef nennen, eine reiche, schöne Frau würde sich finden, dazu Pferd und Wagen und eine Villa, wie Herr Ferdinand Urban sie besaß. Und warum den Gedankenflug nicht noch höher erheben? Schon mancher hatte es bis zum Kommerzianten gebracht, der wie er, in jungen Jahren begonnen hatte. . . .

Den Kopf voll dieser Träumerien, mit denen ein Heer von Arbeitern, riesige Schornsteine, doppeltürige Geldschränke und Unsummen Geldes sich verbanden, die wie Phantome an ihm vorüber jagten und seine Phantasie belebten, enteilte er auch diesmal der Hörfreude der Gesellen und machte sich auf den Weg zum Comptoir.

(Fortsetzung folgt.)

### Litterarisches.

Bauer und Edelmann in Preußen. Nach einem Vortrag Dr. Arons, gehalten im Sozialdemokratischen Arbeiterverein zu Frankfurt a. O. (Preis 10 Pf.). Das Schriftstück ist für Verbreitung für das plattdeutsche Land bestimmt und enthält eine Fülle geschichtlichen Materials, durch welches der Bauer der Beweis geliefert wird, wie der Adel schon in früheren Jahrhunderten unter dem Vorzeichen, die Interessen der Bauern zu vertreten, daran bedacht war, den letzteren aus Haus und Hof zu verjagen, den Grund und Boden desselben an sich zu reißen und den Bruder sich selbst in jeder Weise tributpflichtig zu machen. Gerade in der gegenwärtigen Zeit, wo die Großgrundbesitzer an der Arbeit sind, dem Bauer begreiflich zu muten, daß sie stets nur für das Bohl dessehnen eintreten, während sie doch nur im Grüben fischen wollen, dürfte diese Broschüre geeignet sein, dem kleinen und mittleren Bauertum darüber die Augen zu öffnen, was sie in Wirklichkeit unter Umständen von diesen angeblichen Volkstreibern zu halten und zu erwarten haben.

Arbeitszeit in folgender Weise zu regeln sei: Ausgangszeit am Wochenende abends 10 Uhr, Ende folgenden Morgen um 10 Uhr. Dagegen dauert die Sonntagsarbeit von Sonnabend abend 12 Uhr bis Sonntag Morgen 8 Uhr, wozu dann eine ununterbrochene Ruhezeit von 16 Stunden Platz zu gewissen hätte. Die Bäcker werden zu regelmäßiger Agitation für die Petition aufgefordert.

Die Straßenbahnhofdiktatoren in West reichen, unter Umgehung der Direktion ihrer Gesellschaft, an den Handelsminister ein Memorandum ein, worin sie ihre Lage schließen. Mit dem Faß, daß ihnen keine Hülfe wird, beschlossen sie, am Stephanstag, 20. August, in den Auftand zu treten.

### Aus Nah und Fern.

Gastrow, v. Plaby, der Bundespräsident, sowie Reichstagsabgeordneter Baron von Matzahn-Wolzow und andere "hervorragende" Mitglieder des "Bundes der Landwirthe" hatten sich vor dem Reichstag wegen Übertretung des Westfälisch-Lippischen Vereinsgesetzes zu verantworten. Dasselbe bestimmt: "Die Abhaltung von Versammlungen zu politischen Zwecken oder die Bildung von Vereinen darf nur mit Genehmigung unseres Ministeriums des Innern gefahren. Wer an solchen Versammlungen, welche die erforderliche Genehmigung nicht erhalten haben, teilnimmt, verstößt neben jeder etwa sonst begradigten Strafe in eine unbedeutliche, der Beschaffenheit des Falles entsprechende Geld- und Gefängnisstrafe." Gegen diese Bestimmung sollten die Angeklagten dadurch verstoßen haben, daß sie ohne besondere Erlaubnis der Behörde Versammlungen des "Bundes der Landwirthe" abhielten. Die Angeklagten wurden aber, nach der "Verl. Reg.", soweit sie erschienen waren (das Verfahren gegen von Plaby-Döllingen, welcher nicht erschienen war, wurde aufgezogen) freigesprochen. Das Gericht nahm zwar nicht an, daß der "Bund der Landwirthe" keine politischen Zwecke verfolge, hielt aber die Versammlung, welche nur für Mitglieder bestimmt gewesen, für eine nicht öffentliche. Aus diesem Grunde wurden denn auch einige Mitglieder des Bundes, darunter mehrere Zeitungskorrespondenten, welche zwecks Berichterstattung in jener Versammlung anwesend waren, mit einer Geldstrafe belegt.

Wandsbel. Der Wurm, der nicht sterben kann. v. Elm, Vater und Sohn, waren zu Mittwoch Mittag auf Anordnung des kommissarischen Landrats des Kreises Stormarn wieder einmal vor die hiesige Polizeibehörde geladen. Es handelte sich darum, festzustellen, ob v. Elm sei, schon vor der Amputation im Jahre 1867 von seinem derzeitigen Wohnsitz Hamburg-Eilbek nach Wandsbel verzogen ist. Es wurde festgestellt, daß v. Elm sei, nachdem er 15 Jahre in Hamburg-Eilbek gewohnt hatte, im Mai 1867 in Wandsbel seinen Wohnsitz genommen hat. Endgültig festgestellt ist nun, daß Reichstagsabgeordneter v. Elm preußischer Staatsangehöriger ist. Damit dürfte nun endlich die Seeschlange von der dänischen Staatsangehörigkeit v. Elms ihr Lebenslicht ausgehaucht haben.

Izehoe. Dem sozialpolitischen Centralblatt schreibt man: Ein interessantes Dokument zur Charakteristik nordwestdeutscher Arbeiterverhältnisse, wie sie momentan jetzt unter dem Einfluß des Auszugsösterreicher Arbeiter zum Nordostseelande stehen, ist folgendes Schriftstück des Königlich Preußischen Landrates in Izehoe. Von einzelnen Gewerbetreibenden in dem benachbarten Fabrikorte Lüderdorf war bei dem Landratsamt eine Eingabe gemacht, in welcher gebeten wurde: 1. in den Fabriken möge die wöchentliche Lohnzahllistung wieder eingeführt werden. 2. Man wolle die in den Lüderborfer Fabriken beschäftigten einheimischen Arbeiter den fremden (aus Lippe u. c.) gegenüber bevorzugen und ihnen anständigeren Lohn sichern. 3. Den Wirthen möge freigestellt werden, allen Parteien beigehörigen ihre Möglichkeiten zur Verstärkung zu stellen. Hierauf ist eine Antwort ertheilt worden, aus der wir Folgendes mittheilen wollen: Auf die Fabrikleitungen zu Gunsten einer Aenderung der von denselben als richtig erkannter Zahlungsfristen der Löhne einzurichten, muß ich ebenfalls ablehnen. Daß bei häufiger Lohnzahlung kleine Rücksände eher beglichen werden, mag zutreffend sein; in der 14-tägigen Zahlungspflicht liegt aber der nicht zu verachtende Vortheil, daß den Arbeitern durch die Lohnzahlung in längerer Zwischenpause weniger Gelegenheit gegeben wird, das verdiente Geld, wie gerade nach stattgehabter Lohnzahlung auch in Lüderdorf vorkommt, in den Wirthshäusern zu verbringen, so daß für die anderen haushaltlichen Bedürfnisse kaum etwas übrig bleibt. Nicht zutreffend ist, wenn in der Eingabe hervorgehoben wird, daß die dortigen Arbeiter vor den auswärtigen und fremden Leuten zurückgesetzt werden. Wie überall, so mag es auch wohl dort vorkommen, daß einige "Luzufriedene" und Friedensförderer (?) auf den Fabriken abgelohnt werden, und infolge dessen sich auswärts Beschäftigung suchen müssen. Die Fabrikleitungen machen dabei nur von ihrem gesetzlichen Rechte, und zwar, wie mir bekannt ist, in massivem Weise Gebrauch. Daß die beiden Sommer dort beschäftigten, aus den östlichen Provinzen kommenden Saisonarbeiter sich in ihrer Lebensweise besser einschränken verfehlten, und daß momentlich die verheiratheten Leute den erzielten Verdienst weder im Wirthshause noch zum Besten der Verbreitung unfruchtbare Lehremeinungen (?) vergeben, sondern an ihre in der Heimat zurückgelassenen Familien schicken, ist eine Ercheinung, welche nicht gegen, sondern für die betreffenden Arbeiter spricht und im Interesse der Arbeiter selbst sowohl, wie im Interesse der Erhaltung des Inneren Friedens im Staat von den Behörden nur gefordert werden kann. Den dortigen Wirthen die beantragten Anweisungen oder Wünche hinsichtlich der Benutzung ihrer Wirtschaftsräume zu ertheilen, muß ich ablehnen. Der Königliche Landrat: "Fungo." — Ob sich die Behörde damit auf die Seite der höheren oder der niederen sozialen Kultur in Schleswig gestellt hat, wird jeder Leser selbst beurtheilen können.

Hamburg. Der Festzug zu dem am 5. August stattfindenden Gewerkschaftsfest ist von der Polizeibehörde gestattet. Die Aufführung wird auf dem Schwarzenberg vor der Kaserne erfolgen. Das Tragen von rothen Zeichen oder roten Fahnen im Festzuge ist verboten. Nach dem Aufführungsplatze dürfen die Vereine nur in losen Zügen marschieren.

Ein Muttermord ist in Hildesheim im Regierungsbezirk Hildesheim verübt worden. Ein Bursche hat unter Beihilfe seiner Geliebten seine eigene Mutter zuerst erwürgt und dann aufgehängt. Die Unglückliche hatte 900 M. auf der Hildesheimer Sparkasse, wovon der lüderliche Sohn 50 M. heimlich geholt und mit seinem Mädchen verputzt hatte. Darüber mit Vorwürfen bedacht, begingen die Beiden die grausige That. Sie wurden sofort beide verhaftet.

Eine Majestätsbeleidigung sollte die unverheiliche Anna Herold aus Mühlheim begangen haben, als sie in einer Gesellschaft das Lied: "Unser Kaiser liebt die Blumen" gesungen und dabei Handbewegungen gemacht hatte, welche die Schlüssefolgerungen zuließen, daß sie den

gesungenen Worten einen anderen und zwar beledigenden Sinn unterlegen wollte. Das Landgericht von Duisburg verurteilte sie denn auch zu drei Monaten Gefängnis, das Reichsgericht hob jedoch auf eingelagerte Revision das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Dortmunder Landgericht, das denn am Donnerstag auf Freisprechung erklärte.

Ein schweres Verbrechen ist beim Dorfe Asbach im Kreis Herford verübt worden. Die Witwe Sauer, eine Frau von 55 Jahren, welche sich in der Nähe des sog. Staldfens auf dem Felde befand, wurde nach 8 Uhr von einem unbekannten Strolche plötzlich von hinten überfallen und dermaßen mißhandelt und zuerichtet, daß sie nachdem sie sich in ihrer Todesangst und Verzweiflung aus dem Staldfelde an den Weg geschleppt hatte, bald darauf verstarb. Zwei junge Mädchen von dem Gut Eichhof, welche von dort um 8 Uhr nach Asbach zu Tanzmusik gehen wollten, trafen die Witwe Sauer vorher noch lebend an, doch war sie schon sehr schwach, fast bewußtlos und lag im Chausseegraben. Nur mit Mühe konnten die Mädchen aus ihr herausbringen, daß ein fremder Kerl gekommen sei, welcher sie überfallen habe. Ein Mädchen blieb bei der Frau, während das andere schnellstens nach Asbach lief und einen Wagen und Hilfskräfte holte. Als man mit dem Wagen bei Frau Sauer ankam, war diese bereits gestorben. Von dem Attentäter fehlt jede Spur.

Weinböhla. Impfblätter in der Nase. Zur Vorsicht und Mahnung möge folgender Fall dienen: Eine hiesige Frau hatte vor kurzem ihr Kind impfen lassen und an Anrathen des Arztes die Impfstelle mit Vaselin bestrichen müssen. Darauf fuhr sie mit einem Finger in die Nase, worauf sofortige Blutvergiffung eintrat und das ganze Gesicht dermaßen anschwellt, daß die Frau 14 Tage lang nicht aus den Augen sehen konnte. In der Nase war eine ganz richtige große Impfsohle sichtbar geworden. Nach drei Wochen trat Besserung ein, so daß die Frau heute außer Gefahr ist.

Wien. Theurer Spaz. Der in Freiberg ansässige Fabrikant J. Flus erhielt einen in Wien aufgegebenen Brief durch die Post zugestellt, in welchem er aufgefordert wurde, sogleich unter Chiffre "J. D. 43" 3000 fl. nach hier zu senden, da sonst sein Leben ist Gefahr stehe. Unterfertigt war das Schreiben mit: "43. anarch. Geheimbund." Flus sendete den Drohbrief mit einem Schreiber an die Wiener Polizeidirektion, deren Erhebungen zu der Verhaftung des Schwindlers führten. Ein Dienstmännchen fand sich nämlich am 16. d. M. Nachmittags im Hauptpostamt-Gebäude ein und fragte im Büro für postrestante-Briefe, ob nicht ein Schreiben unter der früher bezeichneten Chiffre vorliege. Flus hatte tatsächlich einen solchen Brief, selbstverständlich ohne Inhalt, nach Wien gesendet. Das Schreiben wurde dem Dienstmännchen ausgeföhrt, welcher es einem jungen Manne, der auf der Straße die Antwort abwartete, überbrachte. Der junge Mann wurde von Detectives festgenommen und in das Sicherheitsbureau der Polizeidirektion gebracht. Seine Identität wurde bald mit einem ehemaligen 26 Jahren alten Kommiss von Flus, Namens Emil Kohn, zu Waagbistriz in Ungarn gebürtig, festgestellt.

Antwerpen. Der sensationelle Giftmordprozeß Joniau, welcher über all den Festlichkeiten, Kongressen u. s. w. in der letzten Zeit ziemlich in Vergessenheit gerathen war, hat seit gestern von Neuem das allgemeine Interesse auf sich gelenkt. Gestern wurde nämlich das definitive Gutachten der Chemiker bekannt, welche die Leichen der drei angeblich von Frau Joniau ermordeten Personen untersucht und sich hiermit beinahe drei Monate lang abgemüht hatten. Die Sachverständigen erklärten in ihrem Gutachten, daß sie in den Leichen der Leonie Ablay und der Van de Kerchove keine Spur von Gift hätten entdecken können, und daß nur aus der Leiche des Alfred Ablay krystallisiertes Morphinum von ihnen gewonnen werden sei. Auf Grund dieses Gutachtens hatte der Bertheibiger den Angeklagten abermals den Antrag gestellt, daß seine Clientin provisorisch in Freiheit gesetzt würde; dieser Antrag wurde indessen nach sehr langen und erregten Debatten zwischen dem Staatsanwalte und dem Bertheibiger vor der Ratskammer des hiesigen Landgerichts abgelehnt, worauf Frau Joniau sofort die Berufung gegen diese Entscheidung einlegte. Der Prozeß wird voraussichtlich im Laufe des November vor dem hiesigen Schwurgerichte zur Aburtheilung gelangen und möglicher Weise mit der Freisprechung der Angeklagten endigen. Die öffentliche Meinung hat sich in der letzten Zeit sehr zu Gunsten der Frau Joniau geändert und zwar nicht allein bei den Laien, sondern auch theilweise bei den Juristen, von denen verschiedene mit ihrem Erstaunen darüber nicht zurückhalten, daß man die Beschuldigte in Haft behalte während noch nicht einmal bei einem der drei behaupteten Giftmorde der objektive Thatbestand festgestellt sei. Dem selbst wenn nun mehr die sachverständigen Arzte auf Grund des Gutachtens der Chemiker die Erklärung abgeben sollten, daß Alfred Ablay tatsächlich in Folge von Morphinumvergiftung gestorben sei, so wäre doch noch immer die von Frau Joniau behauptete Möglichkeit, daß ihr Bruder sich das Gift selbst beigebracht hätte, keineswegs ausgeschlossen. Allerdings sprechen verschiedene Momente stark gegen die Angeklagte, indessen ist es sehr wohl denkbar, daß hierbei ein zufälliges Zusammentreffen von allerlei fatalen Umständen vorliegt an und daß Frau Joniau den drei ungeheurelichen ihr zur Last gelegten Verbrechen tatsächlich unschuldig ist.

Frank. Zeitung.